

dem die von Südafrika ausgehaltenen Banden unter anderem mit Hilfe einer Amnestie ermutigt wurden, ihre Wüthätigkeit und Terrorhandlungen einzustellen. Das ermöglichte der Republik Simbabwe zusätzliche Sicherungskräfte für die Bekämpfung mogambiquanischer regierungsfeindlicher Kräfte einzusetzen, die gegenwärtig noch in simbabwischen Grenzgebieten morden und brandschatzen.

Außerordentliche Parteitage der ZANU(PF) und der PF-ZAPU am 9. und 1. April vergangenen Jahres bestätigten den eingeschlagenen Vereinigungsprozeß beider Parteien. Auf dieser Plattform wird nunmehr unter der gesamten simbabwischen Bevölkerung eine intensive politisch-ideologische Arbeit geführt. Verbunden mit persönlichen Gesprächen werden seit Januar 1989 Mitgliedskarten der neuen Partei ausgegeben. Die Bildung von Parteizellen schreitet voran. Der Abschluß des Vereinigungsprozesses soll noch in diesem Jahr durch einen Parteitag der neuen ZANU(PF) gekrönt werden. Mit geeinter Kraft gilt es dann, die Bemühungen um die Lösung der brennendsten sozialökonomischen Probleme fortzusetzen. Südafrika, so betonen simbabwische Führungskräfte immer wieder, bleibt mit seiner Apartheidpolitik auch weiterhin Hauptursache aller Spannungen in der Region.

Deshalb bildet die Einheit im nationalen und regionalen Rahmen die mächtigste Waffe gegen diesen Anachronismus unserer Zeit und ist die Voraussetzung für den Aufbau einer Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit und der Gleichheit in Simbabwe.

Werner Karst

Strittige Fragen in Nahost erfordern Dialog mit PLO

Nach vielen Jahren offener Konfrontation im Nahen Osten zeichnen sich in letzter Zeit Möglichkeiten für eine friedliche Regelung strittiger Fragen aller am Konflikt Beteiligten ab. Was bleibt für einen endgültigen Frieden in Nahost zu tun?

Jürgen Hillig

Parteigruppenorganisator im VEB Garnveredlung Sehma

Noch erreichen uns fast täglich alarmierende Meldungen aus dem Nahen Osten, fordert der langwierigste Regionalkonflikt der Welt weitere Tote. Berichten zufolge wurden seit Beginn der „Intifada“ am 8. Dezember 1987, der Volkserhebung für Freiheit, Eigenstaatlichkeit und nationale Rechte, weit über 600 palästinensische Kinder, Frauen und Männer ermordet und ungefähr 20000 verwundet. In den israelischen Gefängnissen und Lagern befinden sich derzeit etwa 43 000 Araber. UNO-Organisationen verweisen auf die zunehmend brutaleren „Vergeltungsaktionen“ der Besatzungsmacht Israel.

Selbst die USA und Großbritannien können kritische Bemerkungen an die Adresse Tel Avivs nicht mehr vermeiden, scheuen jedoch zwingende politische oder ökonomische Konsequenzen. Auch in Israel werden Stimmen der Vernunft stärker laut, mehren sich Zweifel, ob der unrechtmäßige, auf Verewigung der Okkupation gerichtete Kurs israelischer Rechtskräfte auch weiterhin politisch tragfähig sein kann. Für alle am Konflikt beteiligten Seiten und für die internationale Gemeinschaft wird die Regelung des Nahostkonflikts ein immer dringenderes Erfordernis. Welche Gründe sind hierfür zu nennen?

• *Erstens* ist im Nahen Osten eine neue Lage entstanden. Sie wird maßgeblich vom Widerstandskampf der Palästinenser in den besetzten Gebieten mitgeprägt. Erstmals in der Geschichte

des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes entwickelte sich eine politische Massenbewegung gegen die israelischen Okkupanten, die sich über das gesamte Territorium dieser Gebiete erstreckt und alle Klassen und Schichten der Bevölkerung erfaßt. Geführt und organisiert wird der palästinensische Widerstand von der Leitung der „Vereinten Nationalen Führung“, die eng mit der PLO zusammenwirkt.

• *Zweitens* hat die PLO eine von Vernunft und Realismus geprägte Friedensinitiative unterbreitet. Gestützt auf die Beschlüsse der 19. Tagung des Palästinensischen Nationalrates in Algier ergriff sie vor der UNO die politische Initiative und unterbreitete an Israel realistische Vorschläge, die auf den praktischen Beginn eines politischen Regelungsprozesses im Nahostkonflikt gerichtet sind. Im Ergebnis dieser politischen und diplomatischen Offensive erfolgte auch die Aufnahme offizieller Gespräche zwischen der PLO und den USA.

• *Drittens* hat die UdSSR mit der Reise des Genossen Sewardnadse im Februar 1989 in der Region einen bedeutenden Vorstoß unternommen, um den Prozeß einer politischen Regelung des Nahostkonflikts mit neuen Vorschlägen in praktische Bahnen überzuleiten. Auch die EG hat seit Jahresbeginn ihren Beitrag zur Nahostpolitik spürbar aktiviert.

• *Viertens* sind die arabischen Staaten bemüht, ihre Nahostakti-